

Avanti ²

ISO Rhein-Neckar



Aktion von GE-KollegInnen und UnterstützerInnen beim Neujahrsempfang der Stadt Mannheim am 06. Januar 2017.

„Jobkiller“ und „Steuerdrücker“ GE: Legale, illegale, scheißegale Deals?

H.N.

Während in einer Einigungsstelle bei der deutschen GE Power über massiven Personalabbau geredet wird, berichtet die Schweizer Presse am 23.01.2017 über die „Deals“ von GE.

Der *Blick* breitet unter der Überschrift „US-Multi GE macht sich unbeliebt - Jobs killen und Steuern drücken“ brisante Details aus: „Mit einem Dreiecksgeschäft über die Schweiz, Ungarn und Holland hat GE Millionen an Steuern gespart, wie der «Tages-Anzeiger» heute gestützt auf ungarische Medienberichte schreibt.“

Im *Tages-Anzeiger* ist zu lesen: „In nur 60 Minuten stieg der Wert einer in Baden ... registrierten Firma um das 167'500-Fache. ... Am Montag, 21. Dezember 2015, 12 Uhr wurde GE Energy Switzerland von der holländischen GE Energy Europe an die ungarische GE Hungary verkauft. Für die Schweizer Firma zahlen die Ungarn lediglich ... 40'000

Franken.

Am selben Tag um 13 Uhr wurde GE Energy Switzerland von den Ungarn wieder verkauft – an ... die holländische GE Energy Europe – für 6,4 Milliarden Franken.

Gleichzeitig kaufte GE Energy Switzerland von „GE Hungary den ... Zugang zu Kundendateien, Patenten und Anweisungen“ für 8,1 Milliarden Franken zurück. Hätte GE Switzerland diesen Betrag in der Schweiz als Gewinn angegeben, wären „bis zu 1,5 Milliarden Franken“ an Steuern angefallen.

Ist es nicht höchste Zeit, die Deals von GE auch in Deutschland zu überprüfen? Kann das anders geschehen als durch die Offenlegung der Geschäftsbücher der deutschen und europäischen GE-Firmen?

Wann wird endlich gegen „Jobkiller“ und „Steuerdrücker“ wie GE wirksam Front gemacht? ■

Liebe Leserinnen und Leser,

alles deutet auf stürmische Zeiten hin. Global unter anderem wegen der Installation Trumps im Weißen Haus und der anhaltenden Krisen des Kapitalismus. Regional auch wegen der immer brutaleren Durchsetzung einer Konzernherrschaft nach Art des Hauses GE.

In der aktuellen *Avanti*² findet Ihr zu letzterem Thema erneut Artikel und Informationen. Ferner beschäftigen wir uns mit den politischen Perspektiven in 2017, mit der Frage der gewerkschaftlichen Organisierung und - mit Martin Luther!

Wir wünschen viel Interesse an der Lektüre.

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	POLITIK
01 GE-Kapitalismus Legale Deals?	06 2017 Politische Perspektiven (Teil 1)
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	09 Luther Eine Lichtgestalt?
02 GE GEfährder unserer Existenz	RÜCKBLLENDE / TERMINE
03 Petition Artikel 14 GG	10 GE Lichterlauf
04 Organizing Ein guter Ansatz?	10 Termine

„GENERAL ELECTRIC: Gefährder unserer Existenz“

Mit dieser Überschrift haben wir am 13. Januar 2017 ein weiteres Flugblatt an die KollegInnen von GE verteilt. Wir kritisieren darin nicht nur die zerstörerische GE-Strategie, sondern ermutigen die Belegschaft zu konsequenter GEgenwehr. Hier ist der vollständige Text:

Unsere einzige Chance - Resistance!

Vor einem Jahr hat GE den großen Abbau verkündet. GE will unser Werk platt machen. Erst 1062 Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichten. Dann Dampfturbinen-Neukonstruktion und den restlichen Service verlagern. Und letztlich auch diese Bereiche schließen.

Konzerndiktatur?

GE führt einen Krieg für Profitmaximierung. Gegen unsere Existenz, gegen unsere Betriebsräte und gegen unsere gewerkschaftlichen Rechte. Deshalb die strikte Ablehnung der durchdachten Alternativpläne des Betriebsrats. Deshalb das zynische Nein zum Investor, der den gesamten Power-Bereich der ex-Alstom in Deutschland übernehmen wollte.

Die Strategie von GE heißt „Teile und herrsche!“

Wenn wir aufgeben, ist unsere Existenz vernichtet. Und GE hat gewonnen. Deshalb sagen wir: „Unsere einzige Chance - Resistance!“ Wir können und müssen gemeinsam demokratischen Widerstand leisten.

Arbeit ist da!

GE hat Arbeit in ausländische Werke verlagert, um die Fabrik in Mannheim auszuhungern. Aber das funktioniert so nicht. GE hat sich verkalkuliert. Die Fertigung von neun Gasturbinen für Ansaldo soll deshalb doch in unserer Produktion stattfinden. In anderen Bereichen wie Neukonstruktion Dampf, Inbetriebnahme oder Service ist ebenfalls Arbeit da.

Diese Lage kann zu unseren Gunsten genutzt werden. Aber dazu muss unser Druck auf GE massiv verstärkt werden. In jeder Hinsicht: nicht nur mit juristischen, sondern mit allen dazu geeigneten Mitteln.

Was tun?

Vor Weihnachten haben sich immer größere Teile unserer Beleg-

schaft aktiv gegen die drohende Zerschlagung gewehrt. Sie haben ihr Recht auf Information beim Betriebsrat und beim Management genutzt. Gibt es einen Grund, dieses demokratische Recht jetzt nicht weiter wahrzunehmen?

Mehr denn je ist die Vorbereitung einer entschlossenen GEgenwehr angesagt. Alle, die sich stärker für die Verteidigung unserer Existenz engagieren wollen, sollten dazu eingeladen werden.

Was spricht gegen:

- das Wiederaufhängen der von GE entfernten Transparente?
- eine mehrtägige Betriebsversammlung?
- wiederholte Torversammlungen?
- größere überbetriebliche gewerkschaftliche Protestaktionen?
- eine Betriebsbesetzung?

Eine entschlossene gemeinsame GEgenwehr stärkt unseren Zusammenhalt. Sie erhöht den Druck auf GE. Sie nimmt die Politik in die Pflicht. Sie fordert die Öffentlichkeit zur Solidarität auf.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit!

Es ist besser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das hat sogar die sächsische Landesregierung im Fall Bombardier erkannt. Warum treten wir deshalb nicht für ein Verbot von Entlassungen ein? Warum kämpfen wir nicht für eine staatliche Garantie unserer Arbeits- und Ausbildungsplätze?

Das geht. 1994 hat etwa das Land Niedersachsen den DASA-Standort Lemwerder übernommen und so zunächst gerettet. Ministerpräsident war damals Gerhard Schröder!

Wer, wenn nicht wir?

Die Zeit läuft. Zusammenhalt, Mut und Entschlossenheit sind jetzt angesagt.

**Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!
Nur wer kämpft, kann gewinnen!**



Lichterlauf bei GE Mannheim, 13. Januar 2017.

Petition der Betriebsräte und des IGM- Vertrauenskörpers von GE Mannheim

Auch für Großkonzerne muss das Grundgesetz gelten!



Wir unterstützen diese Petition und rufen unsere LeserInnen auf, dies ebenfalls zu tun.

An die Bundesregierung

Wir fordern wirkungsvolle Sanktionen gegen skrupellose Großkonzerne!

Konzerne werden immer mächtiger und haben oft keinerlei Respekt vor der Würde des Menschen.

Bei AEG, Nokia, Triumph-Adler, Grundig und vielen anderen mehr hat die Politik zugeschaut, wie die Produktion verlagert wurde und traditionelle Industriestandorte platt gemacht wurden.

Konzerne nutzen dabei alle Vorteile aus. Sie haben ihre Lobbyisten in Berlin sitzen, kassieren Fördergelder, nutzen Steuerschlupflöcher und schöpfen auch alle sonstigen Möglichkeiten aus, um die Beschäftigten um ihre Existenz und den Staat und die Bürger/Innen um die Ersparnisse zu bringen.

Ein aktuelles Beispiel hierfür ist der US-Konzern General Electric (GE).

Im November 2015 wurde der Kauf der Alstom-Energiesparte durch GE abgeschlossen.

Bereits am 13. Januar 2016 gab GE seine Abbau- und Schließungspläne bekannt. In Deutschland sollen 1700 Arbeitsplätze der ehemaligen Alstom Power abgebaut werden. Die Standorte Mannheim, Stuttgart, Bexbach, Berlin, Neumark, Nürnberg und Wiesbaden sollen verkleinert oder ganz geschlossen werden.

Am härtesten betroffen ist der Standort Mannheim. Dort allein sollen im ersten Schritt 1062 Arbeitsplätze abgebaut werden. Auch die qualitativ hochwertige Ausbildung würde verloren gehen, da die komplette Fertigung geschlossen werden soll, obwohl GE den gesamten Standort langfristig auslasten könnte. Viele weitere Arbeitsplätze sind zudem bei Zulieferern und Dienstleistern bedroht.

Die GE Betriebsräte (ehemals Alstom Betriebsräte) haben gemeinsam mit der IG Metall und dem Info-Institut Saarbrücken realistische Zukunftskonzepte für die bedrohten Werke erarbeitet. GE hat

aber bisher nicht nur diese Vorschläge komplett abgelehnt, sondern bekämpft immer rücksichtslos Betriebsräte und Gewerkschaften!

Es gibt zudem eine Investorengruppe, die ein starkes Interesse an der Übernahme von allen betroffenen Werken und den 1700 von Abbau bedrohten Arbeits- und Ausbildungsplätzen zeigt. General Electric lehnte jedoch mit fadenscheinigen Begründungen bisher auch diese Alternative ab.

Mehreren tausend Beschäftigten und ihren Familien droht nun Arbeitslosigkeit und der soziale Abstieg. Einmalige technische und industrielle Fähigkeiten drohen unwiederbringlich vernichtet zu werden.

Dabei könnte alles anders sein:

Im Grundgesetz Artikel 14 Abs. 2 und 3 stehen folgende Sätze: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“

Dies muss im Fall GE geschehen, damit weiterer „Schaden vom Volk“ abgewendet wird.

Die Bundesregierung muss sich hier auch einmischen, wie in den Fällen Tengelmann und Bombardier, damit zukünftig betroffene Beschäftigte und Steuerzahler geschützt werden und ihr Recht auf Arbeit einfordern können.

Bitte unterstützen Sie die Petition der Betriebsräte und des IGM-Vertrauenskörpers von GE Mannheim.

Diese Petition ist auf der Internetplattform „www.Change.org“ eingereicht!

https://www.change.org/p/angela-merkel-auch-f%C3%BCr-gro%C3%9Fkonzerne-muss-das-grundgesetz-gelten?recruiter=662426942&utm_source=share_for_starters&utm_medium=copyLink

Der gekürzte Link zur Petition:
<http://shortlinks.de/e6v8>

„Organizing“ – Was soll das?

Am 19. und 20.11.2016 fand unser Wochenendseminar „Organizing‘ in Betrieb und Gesellschaft – Wut, Hoffnung, Aktion?“ in Weinheim statt. Wir veröffentlichen im Folgenden das dort vorgetragene Referat „Grundzüge des Organizing-Konzepts“.

U.D.

Im Folgenden soll das Organizing-Konzept zusammengefasst werden, wie es im „Organizing-Handbuch“ der IG Metall aus dem Jahr 2013 entwickelt wird.

Dabei muss berücksichtigt werden, dass das Konzept, wie es die IG Metall vorlegt, stark vom Ziel geprägt ist, bislang nicht oder nur gering gewerkschaftlich organisierte Betriebe zu „erschließen“. Damit soll der Einfluss des gewerkschaftlichen Apparates gesichert werden (mehr Mitglieder und „neue“ Betriebe = mehr Beiträge und mehr betrieblicher Einfluss). Dass die IG Metall-Führung dabei nicht ihre eigene sozialpartnerschaftliche Orientierung in Frage stellt, darf deshalb nicht verwundern. Genau dies ist jedoch die große Schwäche dieser Herangehensweise: Das Fehlen (oder bewusste Vermeiden) politischer Antworten soll durch organisatorische Maßnahmen ersetzt werden.

Andererseits bietet dieses Handbuch aber eine gute Grundlage, sich mit dem Konzept des Organizing zu befassen und mit einer systematischen Organisation unserer politischen Arbeit - unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des Betriebes stattfindet und / oder unter völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen.

Im Folgenden wird sich immer auf das oben genannte „Organizing-Handbuch“ der IG Metall bezogen:

Grundprinzip des Organizing

Das Grundprinzip des Organizing baut auf dem Dreiklang „Wut-Hoffnung-Aktion“ auf.

1. Wut: Was sind die Themen, die den Menschen unserer „Zielgruppe“ unter den Nägeln brennen? Wie kommen wir mit ihnen über ihre Probleme ins Gespräch? Wie aktivieren wir sie, sich für ihre Anliegen und Veränderungswünsche einzusetzen?

2. Hoffnung: Wie erreichen wir Veränderungen? Wie organisieren wir uns? Was kann mit einer starken Gewerkschaft erreicht werden?

3. Aktion: Was können wir tun (Information, Öffentlichkeit, Aktionen usw.)? Was können die Menschen der Zielgruppe tun, um Probleme anzugehen? Wie können die Interessen durchgesetzt werden? Was sind die nächsten Schritte?

Dabei soll der Grundsatz beachtet werden: Tue nie etwas, was die Menschen selbst tun können.

Die sechs Phasen des Organizing

Das Organizing-Konzept geht von sechs Phasen aus, die quasi als Handlungsfaden zu verstehen sind. Dabei gilt es, sich immer bewusst zu machen, in welcher Phase man sich gerade befindet und ob der gewählte Weg fortgesetzt werden kann und soll.

Die sechs Phasen sind: Phase 1 = Vorbereitung und Planung; Phase 2 = Zugang



Ohne Organisation keine Proteste bei ICL Ludwigshafen, 19. Januar 2015.

Foto: Avanti²

zur Zielgruppe finden; Phase 3 = Basisaufbau; Phase 4 = Themenkonflikt; Phase 5 = Eskalation; Phase 6 = Sicherung eines möglichen Erfolgs.

Phase 1: Vorbereitung und Planung

Was wollen wir?

Welches Potenzial ist vorhanden (organisierte, politisch interessierte, widerständige Menschen)?

Welche Probleme, Konflikte und Unzufriedenheiten gibt es?

Eingehende Recherche über Unternehmen, über Stadtteil, über Thema usw.

Phase 2 = Zugang

Kontakt zu den Menschen aufbauen (sofern nicht bereits vorhanden). Gibt es bereits AktivistInnen, sind Menschen ansprechbar usw.

Welche Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme bestehen?

Wo kann ich wen, wann, wo und wie ansprechen?

Habe ich Kenntnisse über Probleme, Konflikte, Unzufriedenheit?

Phase 3 = Basisaufbau

► Organizing-Team aufbauen.

Dieses entwickelt die Strategie und versucht, den Überblick zu bewahren. Hier sollten Menschen mit Erfahrung dabei sein.

► „Landkarte“ bzw. „Lageplan“ erstellen
Erstellen eines Lageplans (Hilfsmittel zur Erfassung der Wirklichkeit und zugleich Visualisierung). In diesem Plan werden die geografischen wie sonstigen Informationen (politische, soziale usw.) eingetragen. Je mehr Wissen und Kenntnisse hier einfließen, umso besser. Dieser Plan „lebt“ und wird immer um neue Informationen ergänzt.

► Direkte Kommunikation in Form von Gesprächen mit (betroffenen) Menschen der Zielgruppe.

Hier greift das zuvor erwähnte Prinzip „Wut-Hoffnung-Aktion“. Ziel ist dabei, die Menschen zu aktivieren und mit ihnen ein gemeinsames Handeln zu verabreden.

Bei den Gesprächen gilt die Formel: 70 Prozent zuhören, 30 Prozent reden.

► Informationen erfassen und zusammentragen, in den Lageplan eintragen und gemeinsam auswerten.

Dabei gilt es u. a. zu erfahren: Wo sind mögliche MitstreiterInnen, wer ist wozu bereit usw.

► Einen Aktivenkreis aufbauen, der sich regelmäßig und verbindlich trifft.



Ohne Organisation keine Gegenwehr bei Bombardier Mannheim, 17. März 2016.

Dieser Kreis diskutiert die laufende praktische Arbeit. Dabei sind auch mögliche (repressive, juristische oder sonstige) Angriffe der Gegenseite zu beraten und sich darauf vorzubereiten bzw. wenn möglich, eine Gegenstrategie zu entwickeln.

Phase 4 = Themenkonflikt

Auswahl eines Themas oder eines kontinuierlichen Arbeitsfeldes (z. B. Umwelt, Wohnung, Ausbildung, Schule, Gesundheitsschutz, Arbeitszeit).

Aktions- und / oder Kampagnenplan erstellen (so konkret wie möglich): Was ist das Ziel? Aktionen entwickeln: Was, wann, wo und mit wem

Öffentlichkeit herstellen? Wer kann und will unterstützen? Usw.

Mobilisierung und Organisation der Menschen anhand eines konkreten, aktuellen Missstands. MitstreiterInnen gewinnen.

Druck erzeugen!

Zeigen, dass es sich lohnt.

Phase 5 = Eskalation

Jederzeit ist zu prüfen, wie weit man gehen kann. Am besten geschieht dies mit anderen Menschen, mit denen man die jeweilige Arbeit leistet. Dabei muss versucht werden, in der Diskussion und den jeweiligen Aktionen Formen zu finden, an denen sich möglichst „alle“ beteiligen können. Einzelaktionen sind oftmals nur sinnvoll, wenn sie Erfolg versprechen.

Phase 6 = Erfolg auf Dauer sichern

Dafür findet sich sicherlich keine klare

Regel, da die Gegenseite oftmals erneut versuchen wird, ihre Interessen durchzusetzen. Insofern ist dies abhängig von den ursprünglichen Zielen und den erzielten Ergebnissen. Wichtig ist aber, sich auch kleine Erfolge bewusst zu machen und andere Menschen dauerhaft in die politische Arbeit einzubinden.

Fazit

Viele Aktive praktizieren wahrscheinlich bereits „intuitiv“ Teile dieses Konzeptes. Vielleicht nicht bewusst und eher zufällig, ohne ihr Handeln in ein strukturiertes Konzept einzubinden.

Genau hier liegt aber der Vorteil des Organizing. AktivistInnen können mit Hilfe dieses Konzeptes, ihre jeweilige Arbeit systematisieren und strukturieren.

Dabei ist es ein wichtiges Ziel, mehr zu werden (also mehr Menschen einzubeziehen) und aus der Vereinzelung herauszutreten. Nicht zuletzt weil wir wissen, dass kollektives Handeln nicht nur am wirkungsvollsten ist, sondern auch den besten persönlichen Schutz bietet.

Letztendlich darf gerade auch bei der Umsetzung des Organizing-Konzeptes das langfristige Ziel, die herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen umzuwälzen und eine andere Gesellschaft zu erreichen, nicht aus den Augen verloren werden. Denn Organizing kann nicht die politische Orientierung ersetzen. Im Gegenteil: Nur wer über eine solche Orientierung verfügt, zermüht und verliert sich nicht in der oft auch mühevollen und zähen politischen Tagesarbeit. ■

„2017: Rechtsruck und kapitalistische Angriffe – Was tun? “

Dies war das Thema unserer Diskussionsveranstaltung am 27. Januar. Eine gute Gelegenheit, um sich mit dem entfesselten Kapitalismus und seinen Krisen auseinander zu setzen.

Grundlage des Einleitungsreferats war die politische Resolution der ISO, deren ersten Teil wir in dieser *Avanti*² veröffentlichen.

Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen! Politische Resolution der ISO (Teil I)

Die Massenmobilisierungen von Pegida gegen die „Islamisierung des Abendlands“ seit dem Herbst 2014 und die nachfolgende Festsetzung der „Alternative für Deutschland“ als Sammelbecken für ein breites Spektrum von Verlierern der neoliberalen Politik über enttäuschte Rechtskonservative bis hin zu Alt-Nazis haben das gesellschaftliche Klima und Kräfteverhältnis in Deutschland massiv nach rechts verschoben.

Der AfD ist es binnen kürzester Zeit gelungen, eine parlamentarische Präsenz zu etablieren, die sich als „die einzige wirkliche Oppositionspartei“ und als wählbare Alternative für Menschen anbietet, die sich gesellschaftlich und politisch „abgehängt“ fühlen. Rechts-extremismus ist wählbar geworden in Deutschland, und zwar nicht mit einem vergangenheitsbezogenen Programm, sondern mit Antworten, die die grundsätzlich ungleiche Wertigkeit der Menschen und die aggressive Bekämpfung der sozial Schwächeren, in erster Linie – aber nicht nur – der Flüchtlinge und EinwanderInnen predigen.

Die regierenden Parteien der Großen Koalition lassen sich davon unter Druck setzen. Die Flüchtlingsfrage und das Problem der islamistischen Anschläge und nicht die soziale Frage und die Klima-

frage beherrschen die öffentliche Debatte. Das Asylrecht wurde in zwei Anläufen bis zur Unkenntlichkeit ausgehebelt, die Rechte der Flüchtlinge werden weiter eingeschränkt und die Festung Europa ausgebaut, um möglichst viele Menschen daran zu hindern, auf der Flucht vor

Krieg, Unterdrückung und Elend in die EU und nach Deutschland zu gelangen.

Parallel dazu verschärft sich der Diskurs der Inneren Sicherheit und Aufrüstung und die Militarisierung der deutschen Außenpolitik wird forciert. Mit dieser Entwicklung haben die deutschen Verhältnisse Anschluss an den Rechtsruck in zahlreichen anderen europäischen Ländern gefunden.

Diese Entwicklung ist äußerst bedrohlich. Wir verstehen sie als Ausdruck der tiefen Krise des Kapitalismus. Sie erfordert eine konsequente Gegenwehr der Linken und der ArbeiterInnenbewegung. Allein der Kampf gegen die soziale Ungleichheit, die Verschärfung der Ausbeutung, die Entsolidarisierung und die Spaltungen in der arbeitenden Klasse kann das Kräfteverhältnis wieder zu gunsten der Letzteren verändern. Doch trotz massiver Angriffe auf gewerkschaftliche und soziale Rechte in allen europäischen Ländern fehlt in Deutschland wie in Europa ein koordinierter Widerstand.

Die Bekämpfung der kapitalistischen Krisenlösung (EU-Agenda 2020) und der damit verbundene Aufschwung der extremen Rechten bilden deshalb auf absehbare Zeit eine entscheidende Herausforderung für Linke und die Gewerkschaften.

„Nur eine linke Politik des Kampfes gegen Armut und Prekarisierung kombiniert mit der Einübung des kollektiven Prinzips der Solidarität in betrieblichen Kämpfen und gewerkschaftlicher Organisierung wird dieser rechten Polarisierung eine angemessene Antwort gegenüberstellen: den Aufbau eines kämpferischen und programmatisch festen linken Pols in der Gesellschaft. Gegen Rechts hilft nur Links.“

Polarisierte Gesellschaft

Die Gesellschaft ist polarisiert. Nach wie vor gibt es die starke Flüchtlingshilfebewegung, die breit verankerte Willkommenskultur, die antifaschistischen Mobilisierungen, die mit Ausnahme von Ostdeutschland stärker waren und sind als die Pegida-Aufmärsche. Doch in dieser Polarisierung erscheinen die Kräfte der Solidarität und die Kräfte der Linken auf politischer Ebene als die schwächeren.

Rücksichtsloser Wirtschaftsimperialisimus und globale Interventionskriege haben das geopolitische Chaos hervorgebracht, dessen Folgen jetzt spürbar auch die reichen Industrieländer Europas erreichen. Dennoch gibt es bisher keine starke Antikriegsbewegung, und die Bewegung für internationale Solidarität und weltweite Gerechtigkeit ist derzeit nicht so stark wie früher.

Kapitaloffensive

Der Aufschwung der Rechten ist nicht zuletzt eine der Folgen der jahrzehntelangen neoliberalen Kapitaloffensive mit ihrer Fülle entsolidarisierender Effekte.

Einen nicht unbedeutenden rechten Bodensatz gibt es in Deutschland schon seit Langem. Der Aufschwung der rechten Organisationen, in Deutschland vor allem der AfD, ist kein plötzlicher Schlechtereinbruch. Seit Jahrzehnten weisen Studien darauf hin, dass in Deutschland ein konstanter Teil zwischen 10 und 15 Prozent der Bevölkerung ein „geschlossenes rechtsradikales Weltbild“ hat, darin ist auch ein Teil der ArbeiterInnenklasse und sogar der gewerkschaftlich Organisierten eingeschlossen.

Es ist die kapitalistische Produktionsweise selbst, die Konkurrenz, Individualisierung und Entfremdung in den Köpfen der ArbeiterInnen erzeugt und damit die Einfallstore für kleinbürgerliche Ideologien schafft. Statt eines Bewusstseins vom kollektiven Widerstand des Unten gegen Oben, frisst sich die schreckliche Denke vom Innen gegen Außen, von denen, die dazugehören gegen die, die angeblich oder tatsächlich eindringen wollen, in die Hirne.

In einer politischen und ökonomischen Konjunktur wie im heutigen Neoliberalismus kommt diese schlum-

mernde rechte Gesinnung zum massenhaften Ausbruch. Die tatsächliche Verarmung von Teilen der Mittelschicht, die Schaffung eines großen Sektors von prekär Beschäftigten in der ArbeiterInnenklasse, der fast vollständig von kollektiven, gewerkschaftlichen Widerstandsformen unberührt bleibt, aber auch und besonders die nur eingebilddete Angst vor einem solchen Absturz in die Verarmung sind der Nährboden für den radikalen Sozialdarwinismus, Rassismus und Nationalismus der AfD und ähnlicher Gruppierungen.

Nur eine linke Politik des Kampfes gegen Armut und Prekarisierung kombiniert mit der Einübung des kollektiven Prinzips der Solidarität in betrieblichen Kämpfen und gewerkschaftlicher Organisation wird dieser rechten Polarisierung eine angemessene Antwort gegenüberstellen: der Aufbau eines kämpferischen und programmatisch festen linken Pols in der Gesellschaft. Gegen Rechts hilft nur Links.

Die seit Jahrzehnten anhaltende Systemkrise hat den Klassenkampf von oben verschärft. Eine Vielzahl von Kapi-



Demonstration gegen AfD-Veranstaltung in Mannheim, 28. Januar 2016.

„Es ist die kapitalistische Produktionsweise selbst, die Konkurrenz, Individualisierung und Entfremdung in den Köpfen der ArbeiterInnen erzeugt und damit die Einfallstore für kleinbürgerliche Ideologien schafft. Statt eines Bewusstseins vom kollektiven Widerstand des Unten gegen Oben, frisst sich die schreckliche Denke vom Innen gegen Außen, von denen, die dazugehören gegen die, die angeblich oder tatsächlich eindringen wollen, in die Hirne.“

talstrategien soll die Krisenlösung auf dem Rücken der lohnabhängigen Bevölkerung konsequent fortführen: durch technologische Rationalisierungen bis hin zur Digitalisierung; durch permanente Arbeitsverdichtung und das Gebot ständiger Verfügbarkeit der Arbeitskraft; durch Produktionsverlagerungen und Globalisierung der Wertschöpfungsketten und damit einhergehende Deindustrialisierung in den „entwickelten“ kapitalistischen Ländern.

Massenarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben eine wachsende industrielle Reservearmee hervorgebracht, die höchst wirksam als Mittel zur Prekarisierung der lohnabhängigen Existenz und zur Lohnrückerei eingesetzt wird; die Agenda-Politik hat mit Einführung der Hartz-Gesetze die Betroffenen eines elementaren Schutzschildes, nämlich der Arbeitslosenhilfe, beraubt. So ist ein großer und wachsender Niedriglohnsektor entstanden. Er ist in sich extrem differenziert, und die ArbeiterInnenklasse ist in viele Teile zersplittert und gespalten.

Aus diesem kapitalistischen Umstrukturierungsprozess geht die ArbeiterInnenbewegung objektiv und subjektiv geschwächt hervor. Sie befindet sich strategisch in der Defensive. Wo sie vormals über starke Bastionen verfügte, muss sie nun in Niedriglohn-Unterneh-

men erneut elementare Formen der kollektiven Organisierung erkämpfen. Belegschaften wird das Recht verwehrt, Betriebsräte zu gründen, gewerkschaftliche Betätigung wird oft bekämpft und manchmal sogar verboten. Nicht wenige Unternehmen treten aus dem Unternehmerverband aus (oder sind nur noch OT-Mitglieder, also ohne Tarifbindung), um sich damit dem Wirkungsbereich von Tarifverträgen zu entziehen und die verbliebene Tarifmacht der Gewerkschaften mithilfe der EU-Agenda 2020 zu schwächen. Trotz guter Konjunktur rollen Rationalisierungs- und Entlassungswellen.

Überwiegend versuchen Gewerkschaften, darauf mit den alten Mitteln der Sozialpartnerschaft zu antworten, und kommen damit nicht weiter. Die sozialpartnerschaftlich geführten Gewerkschaften sind erheblich geschwächt und in die Defensive gedrängt worden. Die Deindustrialisierung ganzer Regionen, vorwiegend aber nicht nur im Osten Deutschlands, die früher von Großbetrieben der industriellen Produktion und des Bergbaus geprägt waren und in denen die Gewerkschaften starke Bastionen hatten, hat das Kräfteverhältnis zugunsten des Kapitals verschoben zum Teil gegen den erbitterten Widerstand der Belegschaften. Wie darauf und wie auf die anhaltende Massenerwerbslosigkeit, die immer weiter getriebene Prekarisierung und die Individualisierung reagiert werden soll, darauf hat die Gewerkschaftsbewegung seit den Kämpfen für die Arbeitszeitverkürzung in der ersten Hälfte der 80er Jahre keine Antwort mehr gefunden. Der Transnationalisierung des Kapitals steht keine entsprechende Internationalisierung gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit gegenüber. Die Gewerkschaften haben deshalb weitgehend die Fähigkeit eingebüßt, gesellschaftliche Themen vorzugeben.

In jeder historischen Phase musste die Arbeiterbewegung sich selbst neu erfinden. In den letzten Jahren begeben sich manche Gewerkschaften und Beschäftigte in Betrieben aktiv auf die Suche nach Möglichkeiten einer Erneuerung der gewerkschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit. Dies reicht von konsequenten Kämpfen wie etwa bei der GdL über neue Streiktaktiken bis hin zu Organizing-Ansätzen. Gerade angesichts der Ökonomisierung von immer mehr Bereichen wie etwa Bildung und Gesundheit und von internationalen Einflüssen, gibt es

ebenso verstärkt Rufe, solche Kämpfe als gesellschaftliche Kämpfe zu führen. Dies sind jedoch noch zarte Pflänzchen, die der Orientierung auf Sozialpartnerschaft und Standortpolitik der Gewerkschaften erst wenig entgegensetzen konnten.

SPD und Grüne sind für den Aufschwung der Rechten mitverantwortlich. Sie sind zu einer neoliberalen, prokapitalistischen Kraft geworden, die mit der Agenda-Politik von Gerhard Schröder die schlimmsten Einschnitte ins soziale Netz selbst verantwortet. Die Partei Die Linke erscheint ihrerseits vielfach als Teil des politischen Establishments. Wo sie in Bundesländern mitregiert, trägt sie das neoliberale Dogma der Haushaltskonsolidierung und entsprechende Konterreformen mit. Ihre Kritik am Kapitalismus und an den sozialen Ungerechtigkeiten hat so an Glaubwürdigkeit verloren und genügt nicht, um als Systemalternative wahrgenommen zu werden. Zudem wirkt sich ihre mangelnde Verankerung in Initiativen vor Ort ausgesprochen negativ aus.

[Fortsetzung folgt]. ■

„SPD und Grüne sind für den Aufschwung der Rechten mitverantwortlich. Sie sind zu einer neoliberalen, prokapitalistischen Kraft geworden, die mit der Agenda-Politik von Gerhard Schröder die schlimmsten Einschnitte ins soziale Netz selbst verantwortet. Die Partei Die Linke erscheint ihrerseits vielfach als Teil des politischen Establishments.“

2017: Jubeljahr für Martin Luther?

MANUEL KELLNER

Seit dem 31. Oktober 2016 laufen in Deutschland ein ganzes Jahr lang Feierlichkeiten zum 500. Reformationsjubiläum. Der Reformator Martin Luther soll am 31. Oktober 1517 seine 95 Thesen gegen den Ablasshandel an die Tür der Wittenberger Schlosskirche angeschlagen haben.

Die Bundesregierung steuert zum guten Gelingen unmittelbar 41 Millionen Euro bei. Hinzu kommen viele Millionen vom Land Sachsen-Anhalt und vom Bund für die Denkmalpflege. Wie passt das zur vorgeblichen Trennung von Kirche und Staat? Wir werden sehen, wieviel Steuergelder 2018 zum 200. Geburtstag von Karl Marx fließen werden.

Gegner der aufständischen Bauern ...

Martin Luther eignet sich nicht zur gefeierten Lichtgestalt. Im Jahr 1525 hatte er nicht nur die aufständischen Bauern verurteilt. Er hatte vielmehr die Obrigkeit dazu aufgefordert, sie zu „zerschmeißen, zu würgen und stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, gleich als wenn man einen tollen Hund totschlagen muss.“

Die bäuerliche Bevölkerung war von der Verschlechterung ihrer Lage bedrängt. Die Reformation mit ihrer Parole der „Freiheit“ (von Rom), ihrer Kritik an einer selbstsüchtigen Priesterschaft und am betrügerischen Ablasshandel („wenn das Geld im Kasten klingt, die Seele aus dem Fegefeuer springt“) machte diesen ausgebeuteten und unterdrückten Menschen Hoffnung. Martin Luther wurde ihnen gegenüber zum Verräter.

und Thomas Müntzers

Statt Luther sollte Thomas Müntzer geehrt werden, der den aufständischen Bauern treu geblieben war bis in den Tod. Thomas Müntzers Predigten nahmen Motive des christlichen Glaubens auf. Er nannte die feudalen Grundherren und die mit ihnen verbündeten Pfaffen gottlos. Die Bauern fragten denn auch: „Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann?“

Religiosität im Sinne Müntzers war nicht die Vertröstung auf ein besseres Leben im Jenseits, sondern die Verwirklichung des Gebots der Nächstenliebe durch solidarisches Handeln im Diesseits.

Luther als Hetzer

Berüchtigt ist die Hetze Luthers gegen „Türken“, „Hexen“ und Juden. Sein 1543 erschienenes Buch „Von den Juden und ihren Lügen“ ist kürzlich vom Alibri-Verlag in modernem Deutsch neu herausgebracht worden. Da kann man nachlesen, wie Luther empfohlen hat, die Juden zu enteignen, zu misshandeln und letztlich umzubringen.

Furchtbar, was der evangelische Landesbischof und „Deutsche Christ“ Martin Sasse Ende 1938 zum Judenpogrom, der „Reichskristallnacht“, von sich gegeben hatte:

„Am 10. November 1938, an Luthers Geburtstag, brennen in



Bildnis Martin Luthers von Lucas Cranach dem Älteren, 1529.

Deutschland die Synagogen. Vom deutschen Volk wird ... die Macht der Juden auf wirtschaftlichem Gebiet im neuen Deutschland endgültig gebrochen und damit der gottgesegnete Kampf des Führers zur völligen Befreiung unseres Volkes gekrönt. In dieser Stunde muss die Stimme des Mannes gehört werden ... der getrieben von seinem Gewissen, getrieben von den Erfahrungen und der Wirklichkeit, der größte Antisemit seiner Zeit geworden ist, der Warner seines Volkes wider die Juden.“

Gegen frühe Aufklärer der Reformationszeit nannte Luther die Vernunft „des Teufels Hure“ und berief sich gegen den Astronomen Kopernikus auf Bibelstellen um zu „beweisen“, dass die Sonne sich um die Erde dreht. Die protestantischen Kirchen sind aufgefordert, sich endlich von diesen erzreaktionären Seiten Martin Luthers klar zu distanzieren.

Wichtige Anknüpfungspunkte

Gleichwohl enthält Luthers Theologie wichtige Anknüpfungspunkte für spätere religionskritische Aufklärung. „Wenn Gott allein für sich im Himmel säße wie ein Klotz, so wäre er nicht Gott“, lehrte er. Nur ein Gott, der den Menschen nützt, ist für ihn wirklich Gott. Jesus Christus als der menschengewordene Gott, der sich für die Menschen aufopfert, ist daher aus seiner Sicht der eigentliche Gott der Christen. Die Menschen sind nach Luther der Gnade Gottes ausgeliefert, finden aber im Gottessohn Trost.

In einer seiner Tischreden sagte Luther: „Einen Gott haben und ihn ehren gehören zusammen wie Mann und Weib im Ehestand, keines kann ohn' das andere sein.“ Der Philosoph Ludwig Feuerbach hat die Frage gestellt, wer hier von wem abhängig ist, die Anbetenden von Gott oder Gott von den Anbetenden?

Martin Luther wollte die Inhalte der Bibel wie der protestantischen Kulthandlungen dem normalen Volk zugänglich machen. Daher rühren seine Verdienste um die Entwicklung der deutschen Sprache. ■

„Lichterlauf“ gegen GE-Pläne

B.G.

Am 13. Januar 2017 fand ein „Lichterlauf“ rund um das Käfertaler Werk von General Electric (GE) statt. Mehrere hundert GE-KollegInnen protestierten damit gegen den drohenden Abbau von über 1.000 Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Sichtbare Unterstützung gab es aus anderen Betrieben und Gewerkschaften, aus der Öffentlichkeit und der Politik. Bernd Köhler, Laurent Leroi und der Chor GEgenwehr sorgten für heiße Musik bei kalten Temperaturen.



Musikalisch unterstützen Bernd Köhler und Laurent Leroi den „Lichterlauf“ am 13. Januar 2017.

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de



TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- - MI, 08. 02. 2017, 19:00 Uhr, Infoveranstaltung zu TISA, Gewerkschaftshaus MA
- - DO, 09.02.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Soli-komitee, Gewerkschaftshaus MA
- - DO, 23.02.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Soli-komitee, Gewerkschaftshaus MA
- - FR, 24.02.2017; 19:00 Uhr, ISO-Veranstaltung zu aktuellem Thema, MA